



Apropos Europa von Frank Baasner

Die spinnen, die Gallier! Oder waren es die Römer? Jedenfalls schütteln viele Menschen in Deutschland – und übrigens auch in ganz Europa – den Kopf über die heftigen Streiks gegen die Rentenreform in Frankreich. Hunderttausende auf den Straßen, absurde Inszenierungen in der Parlamentskammer Assemblée Nationale, wo die Opposition – vor allem die linke Opposition um den 71-jährigen Dauerrevolutionär Mélenchon – mit Hunderten von Änderungsanträgen und stundenlangen Monologen die parlamentarische Debatte ad absurdum führen wollte, Rücktrittsforderungen gegenüber Regierung und Präsident: ein Bild, das uns von außen schon fast bekannt vorkommt.

Immer wenn es irgendetwas in Richtung Reform gibt, das die Menschen direkt betrifft, bildet sich eine Streikfront. Diesmal nun

wegen der Rentenreform. Worum geht es? Das französische Rentensystem ist dem deutschen sehr ähnlich. Die Beitragszahler, die heute arbeiten und ebenso wie ihre Arbeitgeber in die Kasse einzahlen, finanzieren die Renten der heute Berechtigten. Dieses Umverteilungssystem funktioniert dann, wenn die Anzahl der einzahlenden Männer und Frauen zu der Anzahl der Rentenempfänger in einem ausgewogenen Verhältnis steht. Dann ist es ein System der sozialen Solidarität.

Wenn aber – und das ist erfreulicherweise in ganz Europa der Fall – die Lebenserwartung steigt und zudem die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen, dann gerät das System in eine mathematisch einfach zu erklärende Krise. Die Beiträge der heute aktiven Arbeitgeber und Arbeitnehmer reichen nicht aus, um die Renten zu bezahlen, die staatli-

chen Zuschüsse (bezahlt von den Steuerzahlern) wachsen daher ins Unermessliche. Die Lösung? Man kann die Beiträge erhöhen, die staatlichen Zuschüsse erhöhen oder das Renteneintrittsalter nach hinten verschieben. Letzteres haben die meisten europäischen Länder bereits gemacht, Deutschland diskutiert in regelmäßigen Abständen darüber, aber Frankreich versucht es seit vielen Jahrzehnten ohne großen Erfolg.

Und nun will es Macron durchsetzen, mit guten Sachargumenten und politischer Entschlossenheit. Für die Opposition ist das Anlass, die ganze Regierung infrage zu stellen – dafür scheint jede Gelegenheit willkommen. Sachliche Diskussionen sehen anders aus. Zum Verständnis der Situation gehört die Tatsache, dass die gewerkschaftliche Seite ebenso zerstritten ist wie die linke Bewegung in Frankreich, die den Stra-

ßenaufmarsch dominiert. Die französischen Gewerkschaften sind schwach, haben wenig Mitglieder und müssen gerade deshalb viel Krach machen. Sie kämpfen um Mitglieder und Einfluss, einige (wie die CFDT) würden gerne eine Stärkung der Verhandlungspositionen erreichen, andere setzen nur auf radikale Instrumente wie Bahnstreiks und Blockade der Benzinedeps.

Auffällig ist, wie sich die Partei von Marine Le Pen in der Sache zurückhält. Die radikale Rechte ist traditionell gegen die Gewerkschaften eingestellt, vor allem gegen die ursprünglich kommunistische CGT. Und Marine Le Pen will einerseits als verantwortliche Politikerin die Stabilität der Institutionen garantieren, andererseits aber muss sie ihre Klientel bedienen, die zu guten Teilen aus der früher links wählenden Arbeiterschaft besteht. Diese Gratwande-

lung ist schwierig, aber momentan scheint ihre Partei von den Konflikten zwischen Regierung und der radikalen Opposition auf der Straße zu profitieren.

Was lernen wir daraus? Sozialer Dialog ist ein hohes Gut. Natürlich gehören Streiks zu den legitimen Mitteln der Auseinandersetzung zwischen den Tarifparteien. Aber nicht zufällig hat das Streikrecht hierzulande eine Unterscheidung eingeführt zwischen Streiks als Mittel in der Tarifaufeinandersetzung und Streiks als Waffe der allgemeinen politischen Auseinandersetzung. Dafür sind Parlamente und andere Formen der bürgerschaftlichen Partizipation da – nicht die Straße zum Schaden der Gemeinschaft.

IHRE MEINUNG? Schreiben Sie Frank Baasner, dem Direktor des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg, an leserbriefe@lkz.de